Arbeitssoziologischer Zwischenruf
Wachsende Ungleichheit und Risiken für das soziale Gefüge

Eine Gesellschaftsform ohne soziale Ungleichheit gab und gibt es nicht – allen Gleichheitspostulaten zum Trotz. Im 21. Jahrhundert geht es nicht mehr darum ob, sondern wie viel soziale Ungleichheit eine Gesellschaft aushalten kann, ohne auseinanderzubrechen. Denn faire Löhne und Sozialstandards sind wichtige Bausteine der sozialen Marktwirtschaft. Ein Diskussionsbeitrag aus arbeitssoziologischer Sicht.

Gesellschaften sind seit Menschengedenken von sozialer Ungleichheit geprägt. Aristoteles meinte, Sklaven und Frauen seien keine Bürger und körperliche Arbeit sei verachtenswert. Platon verortete Gleichheit und Gerechtigkeit im Reich der Ideen, und Thomas von Aquin stellte sich den Staat gemäß Gottes Gesetzen in drei Stände gegliedert vor.

Der Aufklärer Jean-Jacques Rousseau sah in seiner berühmten Antwort auf die Preisfrage der Akademie von Dijon das Eigentum als Grund für die soziale Ungleichheit an. Karl Marx empfahl den Umsturz, die gemäßigte Arbeiterbewegung den Marsch durch die Institutionen als Weg zu einer gerechten Gesellschaft.

Die Emanzipation der Frauen, der Abbau der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten und die wissenschaftlich-politischen Offensiven gegen die Bildungsbenachteiligung von Kindern aus unterprivilegierten Familien sind Themen unserer Zeit.

Wir sehen: In einem großen Teil der gesellschaftlichen Diskurse ging und geht es um soziale Ungleichheit. Jedoch ist keine historische oder gegenwärtige Gesellschaftsform bekannt, in der keine sozialen Ungleichheiten zwischen ihren Mitgliedern bestehen – allen Gleichheitspostulaten zum Trotz. Gleichheit ist also tatsächlich in Platons Sinne vor allem eine Idee, und es ist wahrscheinlich, dass wir auch in Zukunft mit sozialer Ungleichheit leben müssen.

Damit ist das Thema allerdings keineswegs erledigt, denn auch Ideen sind aus gutem Grund wirkmächtig: Sie prägen die soziale Ethik und die Wertvorstellungen in Gesellschaften und beeinflussen so deren Praxis. Der springende Punkt ist daher – zumindest im 21. Jahrhundert – nicht mehr ob, sondern wie viel soziale Ungleichheit eine Gesellschaft aushalten kann, ohne auseinanderzubrechen. Hierzu müssen wir etwas ausholen.

Soziale Ungleichheit hat viele Facetten

„Ungleichheit" als deutschsprachiger gesellschaftsanalytischer Begriff ist allem Anschein nach deutlich jünger als das Phänomen, das er beschreibt. Er geht auf die Aufklärung zurück. Was diese soziale Ungleichheit bedeutet, ist nicht ganz einfach zu fassen. Sie ist mehr und teilweise anders als lediglich kulturelle, biologische oder historische Verschiedenheit, Diversität oder Besonderheit.

Soziale Ungleichheit meint demgegenüber insbesondere einen sozial, also in der Interaktion der Gesellschaftsmitglieder erzeugten, unterschiedlichen Status; unterschiedliche, ja asymmetrische Rechte, Privilegien und Chancen, welche die Lebensverhältnisse der einzelnen Mitglieder einer Gesellschaft prägen. Das betrifft vor allem auch die Chancen, ein nach eigenen Wertmaßstäben gutes Leben zu führen und die eigene Position in der Gesellschaft zu verändern.

Soziale Ungleichheiten können mit gruppenspezifischen Verschiedenheiten oder Besonderheiten verbunden sein. Sie können rechtlich kodifiziert sein wie das eingeschränkte Wahlrecht für Arbeiter und Frauen im 19. Jahrhundert. Sie können kulturell verankert und mit Vorurteilen verbunden sein wie im Falle muslimischer Immigranten oder bei Personen ohne festen Wohnsitz. Oder sie können vergleichsweise fließend sein wie Vorurteile von Vermietern, die dazu beitragen, dass Studierende auf dem Wohnungsmarkt benachteiligt werden.

Soziale Ungleichheiten können offen zutage treten, etwa wenn ein offenkundig reiches, gut gekleidetes Paar am Eingang zur Oper einer Bettlerin ein Almosen gibt. Doch sie können sich auch gewissermaßen hinter dem Rücken der Betroffenen einstellen wie die heute noch statistisch schlechteren Chancen von Arbeiterkindern, einen Hochschulabschluss zu erreichen – was wiederum ihre soziale und wirtschaftliche Stellung als Erwachsene einschränkt. Horizontale soziale Ungleichheit kann beispielsweise zwischen verschiedenen Berufen bestehen – Landwirte, Ärzte, Facharbeiter, Unternehmer – und sie muss nicht zu Ungleichheiten der wirtschaftlichen Position führen.

Vertikale soziale Ungleichheit ist mit einem Mehr oder Weniger an Einkommen, Vermögen, anderen Ressourcen, Rechten und Privilegien verbunden. Sie kann aufgrund bestimmter persönlicher Verdienste und Leistungen entstehen. Dann kommt ihr in bürgerlichen Gesellschaften höhere Akzeptanz und Legitimität zu als sozialen Ungleichheiten, die auf Macht, Willkür, ererbten Privilegien oder Vermögen beruhen.

Auch in Gegenwartsgesellschaften werden soziale Ungleichheiten, die wenig mit Leistungsunterschieden zu tun haben, weithin als illegitim angesehen – so etwa siebenstellige Managergehälter oder auf angehäuftem Kapital beruhende Einkommen.

Extreme Formen sozialer Ungleichheit gefährden die soziale Stabilität

Das Problem der sozialen Ungleichheit bliebe ein akademisches Problem, wenn es nicht elementar mit Fragen der sozialen Gerechtigkeit und der Stabilität sozialer Ordnungen verknüpft wäre. Seit den Krisen des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit und den seither immer wieder gehäuft auftretenden Armutsphänomenen haben extreme Formen und Folgen sozialer Ungleichheit – wie der Pauperismus zur Zeit der Frühindustrialisierung – hergebrachte Sozialordnungen gefährdet und bisweilen gar zerschlagen.

Die daran beteiligten sozialen Bewegungen haben für sich Gerechtigkeit, Gleichheit und Freiheit in Anspruch genommen – von den „alten Rechten" der Bauernkriege bis hin zum Wahlspruch „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" der französischen Revolution. Zuletzt haben die Industrialisierung und die neu entstandene, sich organisierende Arbeiterschaft, die Gerechtigkeit und Gleichheit als soziale Absicherung und politische Emanzipation forderte, zusammen mit aufgeklärten Katholiken, liberalen Bürgern und sozialreformerischen Unternehmern die besitzbürgerliche Gesellschaft des 19. Jahrhunderts in den Wohlfahrtsstaat des 20. Jahrhunderts transformiert. Dies geschah unter sozialen Konflikten aller Art und mündete in eine Befriedung dieser Konflikte durch wohlfahrtsstaatliche Sicherung und politische Beteiligung.

Spätestens die Geschichte der westlichen Wohlfahrtsstaaten nach 1945 zeigt, dass gesellschaftliche Stabilität und die breite Akzeptanz einer auch soziale Ungleichheit tolerierenden Gesellschaftsordnung durchaus voraussetzungsreich sind: Sie hängen zusammen mit der Gewährung von Menschenrechten, Demokratie auf verschiedenen Ebenen und Gleichheit vor dem Gesetz, mit sozialer Absicherung, die extreme Formen von Ungleichheit verhindert, und mit einem Mindestmaß an Durchlässigkeit vertikaler Ungleichheitsstrukturen wie Klassen oder Schichten nach oben.

Dieser Grundkompromiss der sozialen Marktwirtschaft schließt eine Förderung von unterprivilegierten Mitgliedern der Gesellschaft ebenso ein wie die gültige und akzeptierte Auffassung, dass vorhandene vertikale Unterschiede zum großen Teil meritokratisch, also durch Verdienste und Leistungen, begründet sind. Für die nach 1945 in Westdeutschland geborenen Deutschen ist dies gewissermaßen ein soziokultureller Kindheitszustand und damit eine Art nicht hinterfragte Gewissheit.

Ganz anders die in Kaiserzeit und Weimarer Republik geborenen Bürger und Politiker: Für sie mussten gewaltsam rivalisierende Weltanschauungen, Klassenjustiz, hergebrachte Macht- und Herrschaftsansprüche, Diktatur, wirtschaftliche Ungerechtigkeit und Massenelend der unteren Schichten in einem zähen Reformbestreben überwunden werden, weshalb Wohlfahrtsstaat und sozialer Frieden früheren Generationen immer fragil erschienen sind.

Der soziale Friede ist fragiler als gemeinhin angenommen

Verschiedenes deutet darauf hin, dass auch der gegenwärtige Grad an sozialer Integration und sozialer Stabilität fragiler ist, als wir geneigt sind anzunehmen. Außerhalb von Kern-Europa sind soziale Stabilität, Demokratie und ein Wohlfahrtsstaat, der Ungleichheiten mildert, keineswegs überall gegeben.

Soziale Instabilität stellt daher immer eine drohende Gefahr dar, denn starke und illegitime Ungleichheiten werden als ungerecht, als Gefährdung der gesellschaftlichen Integration und Stabilität angesehen. „A perceived sense of inequity is a common ingredient of rebellion in societies", beschrieb der indische Wirtschaftsnobelpreisträger Amartya Sen im Jahr 1973 die möglichen Folgen.

In Europa führt die Krise der Staatsfinanzen vor allem in den mediterranen Ländern zu drastischen Einschränkungen bei wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, Arbeitnehmerrechten und Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Von den Betroffenen wird dies als ausgesprochen desintegrativ, als Exklusion empfunden und mit massiven Protesten bekämpft, die – zumindest in Griechenland – teilweise auch gewaltsam verlaufen sind.

In Deutschland ist der Wohlfahrtsstaat vergleichsweise stabil

Wie sieht es in Deutschland aus? Verglichen mit manchen Mittelmeerstaaten, aber auch mit den angelsächsischen Ländern, funktioniert der Wohlfahrtsstaat auch unter den Bedingungen der Staatsschuldenkrise einigermaßen: Grundsicherung für Erwerbsfähige, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe, Arbeitslosen-, Kranken-, gesetzliche Unfall- und Rentenversicherung und die weiteren Instrumente der sozialen Sicherung funktionieren. Das heißt, sie gewährleisten im Normalfall die Existenz der Betroffenen und tragen dadurch dazu bei, gegebene Ungleichheitsstrukturen zu akzeptieren und deren Extreme zu mildern. Daher gibt es in Deutschland derzeit keine Exklusionsprobleme, welche die Stabilität gefährden.

So zeigen Befragungen von Leistungsempfängern, dass ihre Werteorientierung und zum Teil auch ihre Selbstwahrnehmung im gesellschaftlichen Gefüge kaum von denen der Gesamtbevölkerung abweichen. Doch zum einen

sind die Voraussetzungen dafür unter Umständen fragil, denn sie beruhen auf der überraschend guten Position, die Deutschland derzeit in der Weltwirtschaft innehat. Sie puffert die Wirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise ab und hält Wirtschaftswachstum und interne Verteilungsspielräume in einem Ausmaß aufrecht, von dem in anderen Ländern nicht mehr die Rede sein kann.

Zum anderen stellt sich die Frage, ob Arbeitsmarkt und Sozialsystem in Deutschland nicht durchaus Funktionsmängel und Nachhaltigkeitsdefizite aufweisen, die zwar derzeit keine größeren Auswirkungen haben, jedoch künftig größere soziale Ungleichheit generieren, auf wenig Akzeptanz treffen und damit die gesellschaftliche Stabilität gefährden können. Hierfür gibt es zwei schlagende Beispiele: die zunehmende Spaltung des Arbeitsmarktes und die schleichende Erosion der Alterssicherung.

Spaltung des Arbeitsmarktes und Erosion der Altersversorgung nehmen zu

Eine altbekannte Diagnose der Arbeitssoziologie und Arbeitsmarktforschung ist die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses – und es steht ebenfalls fest, dass ein großer Teil davon auf Flexibilisierungs- und Kostensenkungsprobleme der Wirtschaft zurückgeht. Unbestreitbar ist, dass ein großer und wachsender Teil der deutschen Erwerbsbevölkerung atypisch beschäftigt ist. Damit ist gemeint, dass die Betroffenen im Hinblick auf Jobstabilität oder Einkommen, Arbeitsbedingungen, Zugang zu sozialen Sicherungssystemen, Mitbestimmungsmöglichkeiten, Aufstiegschancen oder betrieblicher sozialer Inklusion vom Normalarbeitsverhältnis abweichen. Meistens sind das im Vergleich zu Normalarbeitverhältnissen Abweichungen nach unten; wenn dies der Fall ist, spricht man auch von prekärer Beschäftigung, da sie die Arbeitnehmer höheren sozioökonomischen Risiken aussetzt als das Normalarbeitsverhältnis. Einschränkend ist allerdings festzuhalten, dass prekäre Beschäftigung nicht unbedingt auch eine prekäre Lebenslage bedeuten muss, etwa bei Minijobs im Nebenberuf.

Die Schätzungen differieren zwar, doch rund zehn Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland können als solcherart prekär Beschäftigte angesehen werden. Deshalb sprechen Soziologen von einer Dualisierung oder Spaltung des Arbeitsmarktes in ein privilegiertes und ein unterprivilegiertes Beschäftigungssegment – also von einer zunehmenden sozialen Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die nicht mehr nur Beschäftigte im Normalarbeitsverhältnis und Arbeitslose kennt, sondern zunehmend auch unterprivilegierte und riskante Beschäftigung.

Außerdem gibt es zunehmend Indizien dafür, dass instabile und nicht existenzsichernde Beschäftigung für einen Teil der Betroffenen keine vorübergehende Erscheinung, sondern ein länger anhaltendes oder andauerndes Stigma ihrer Erwerbsbiografie ist, auch wenn entscheidende Forschungsergebnisse hierzu noch ausstehen.

Hinzu kommt eine allmähliche, jedoch seit längerem zu beobachtende Erosion der Altersversorgung von Arbeitnehmern. Sie begann mit dem Rückbau betrieblicher Rentenversicherungen in der Privatwirtschaft seit den 1970er Jahren, dem sinkenden Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung und der nachgelagerten Besteuerung von – auch gesetzlichen – Renteneinkünften sowie der sozial höchst selektiven privaten Altersvorsorge, sei sie gefördert oder

nicht gefördert. Gerade diejenigen, die aufgrund niedriger Einkommen oder aufgrund von Arbeitslosigkeit geringere gesetzliche Rentenansprüche erwerben, sind auch kaum in der Lage, private Vorsorge zu treffen. Damit sind Szenarien plausibel, die von einem Anwachsen der Altersarmut und der wachsenden Bedeutung von Grundsicherungsleistungen im Alter ausgehen.

Fazit und Ausblick

Der deutsche Arbeitsmarkt und der ihn umrahmende Wohlfahrtsstaat funktionieren gegenwärtig einigermaßen. Die Ungleichheiten wachsen jedoch – zumindest auf dem Arbeitsmarkt und bei den Ansprüchen an die Altersversorgung. Altersarmut und ein unstetig beschäftigtes, sozioökonomisch gefährdetes Prekariat fördern ebensowenig die gesellschaftliche Stabilität wie die Massenarbeitslosigkeit vergangener Jahrzehnte. Ob unser Arbeitsmarkt und unser soziales Sicherungssystem also hinreichend zukunftsfähig und nachhaltig sind, darf bezweifelt werden.

Die „Agenda 2010" hat – verschiedenen, kontrovers diskutierten Indizien zufolge – den Arbeitsmarkt dynamisiert. Zusammen mit der schon länger anhaltenden Entwicklung hin zu einer Flexibilisierung und Deregulierung von Beschäftigung hat sie dazu beigetragen, dass Ungleichheiten im Beschäftigungssystem bereits jetzt größer geworden sind und Ungleichheiten im Zugang zu und in der Leistung von sozialen Sicherungssystemen zunehmen könnten.

Partielle Gegenbewegungen sind aber ebenfalls erkennbar. Dazu gehören die Ausweitung der Rentenversicherung auf die geringfügig Beschäftigten, die allmähliche Einführung von Mindestlöhnen in relevanten Branchen wie der Leiharbeit, was – zusammen mit anderen Entwicklungen – ein Indiz für ein vermehrtes Nachdenken darüber sein dürfte, wie extreme Formen von Flexibilisierung und Deregulierung der Beschäftigung wieder eingefangen werden können. Denn die soziale Marktwirtschaft ist nur so lange politisch und gesellschaftlich stabil, wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von ihrer Arbeit vernünftig leben können und ausreichende soziale Sicherungsansprüche erwerben – sei es bei Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit oder im Alter.

Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass die allmähliche Einführung und Ausweitung der Sozialversicherung und des so gesicherten Normalarbeitsverhältnisses seit den 1920er Jahren den sozialen Frieden und die gesellschaftliche Stabilität, die uns heute selbstverständlich sind, erst möglich gemacht haben. Eine neue sozialpolitische Agenda muss dies berücksichtigen.

Literatur

Bartelheimer, Peter; Lehweß-Litzmann, René (2012): Externe Arbeitsmärkte: Gesellschaftliche Voraussetzungen und prekäres Potential. In: Köhler, Christoph; Krause, Alexandra (Hg.): Arbeit als Ware. Bielefeld: transcript, S. 63-90.

Dörre, Klaus; Castel, Robert (2009): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung: Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts. Frankfurt am Main: Campus.

Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main: Campus.

Metz, Karl-Heinz (2008): Geschichte der sozialen Sicherheit. Stuttgart: Kohlhammer.

Promberger, Markus (2008): Arbeit, Arbeitslosigkeit und soziale Integration. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 58. Jg., H. 40/41, S. 7-15.

Promberger, Markus (2012): Mythos der Vollbeschäftigung und Arbeitsmarkt der Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jg., H. 14-15, S. 30-38.

Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Der Autor

PD Dr. Markus Promberger
ist Leiter des Forschungsbereichs „Erwerbslosigkeit und Teilhabe" am IAB.
markus.promberger@iab.de